



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Anrede,

vielen Dank für die freundliche Vorstellung und die Einladung hier heute in Vehlen zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Das gibt mir die passende Gelegenheit Ihnen zunächst einmal zur Aufwertung des Standortes im nächsten Jahr durch das neue Kommando Hubschrauber zu gratulieren und Ihnen für die neuen Aufgaben und Funktionen alles Gute zu wünschen.

Schon jetzt ist das Internationale Hubschrauberausbildungszentrum was Besonderes und ein Musterbeispiel wenn es um die europäische Zusammenarbeit geht.

Ich suche derzeit bei jeder Gelegenheit das Gespräch mit meinen französischen Abgeordnetenkollegen und Kolleginnen zu verteidigungspolitischen Themen.

Beim letzten Mal traf ich auf die Kollegin aus Le Luc und hatte gleich einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt.

Mit diesem Vorzeigestandort in Sachen europäischer und internationaler Zusammenarbeit liegt Bückeberg am Puls der Zeit.

Die bestehenden und drohenden Krisen und Konflikte führen uns vor Augen, dass wir in der EU mehr und besser kooperieren müssen, wenn wir nicht zunehmend irrelevant und handlungsunfähig dastehen wollen.

Das gilt vorrangig für die Außenpolitik, für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber eben auch für die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie.

Verstärkt wird der sicherheitspolitische Druck zur stärkeren Kooperation in Europa durch die aktuelle Unberechenbarkeit unseres bislang wichtigsten Bündnispartners.

Die drastischen Worte des französischen Präsidenten zum Zustand der NATO sind hierzulande ja auf heftigsten Widerspruch gestoßen. „Hirntod“ ist sicher ein drastischer Begriff.

Ich muss aber sagen, dass ich zumindest seine Analyse nicht völlig falsch finde.

Begründet hat Macron sie u.a. mit dem Hinweis darauf, dass sich die US Regierung bei wichtigen strategischen Entscheidungen nicht mehr mit dem Rest des Bündnisses abstimmt.

Und sind strategische Absprachen nicht tatsächlich das Hirn eines jeden Verteidigungsbündnisses?

Unsere europäischen Sicherheitsinteressen waren irrelevant als die USA Anfang letzten Jahres den INF Vertrag kündigten und auch als Trump den Vertrag mit dem Iran brach, der gerade von Deutschland so lange und so intensiv mit ausverhandelt wurde. Nicht die Spaltung Europas, sondern Deutsche Autos sollen jetzt angeblich ein Sicherheitsrisiko sein und ein gefährlicher Handelskrieg wird immer weiter angeheizt.

Bei diesem strategischen Dilemma ist es wenig erstaunlich, dass das Wort von der „europäischen Armee“ wieder die Runde macht.

Und zwar von der Kanzlerin bis zur grünen Parteivorsitzenden. Ganz schön ehrgeizig, wenn man sich vor Augen führt wie hartnäckig jedes pooling und sharing bislang an der jeweils nationalen Souveränität gescheitert ist.

Eine europäische Armee im engeren Sinne, mit europäischen Soldatinnen und Soldaten, die mit einem Mandat des europäischen Parlaments unter einheitlichem Kommando agieren, wird es so bald nicht geben.

Ich würde persönlich daher eher von einer Europäisierung der Streitkräfte sprechen.

Der Wunsch nach einer weiteren Verzahnung der europäischen Streitkräfte ist jedenfalls auch in meiner Partei unumstritten.

Die Zusammenlegung militärischer Fähigkeiten dient schließlich immer auch der Friedenssicherung, denn Staaten deren Streitkräfte miteinander verzahnt sind, können schwerlich gegeneinander Krieg führen.

Doch wie immer sitzt der Teufel im Detail.

Unter dem Begriff PESCO wurden inzwischen 47 Projekte möglicher Zusammenarbeit identifiziert und aufgeschrieben.

Auch wenn nicht alle diese Projekte unumstritten sind, ist die Notwendigkeit für mehr Zusammenarbeit doch breiter Konsens – jenseits von AFD und Linken.

Inzwischen ist aber deutlich geworden, dass die PESCO Projekte noch vor großen Hürden stehen.

Viele grundlegende Fragen, die vorab zu klären wären, sind noch offen, u.a. die Beteiligung von Drittstaaten.

Interessanterweise wollen jetzt nämlich ausgerechnet die USA bei PESCO mitmachen, weil sie merken, dass da was an ihnen vorbei laufen könnte.

Die Einbindung der USA lehnen die Franzosen allerdings strikt ab und auch da kann ich sie letztlich verstehen, denn ein Ziel soll ja gerade die strategische Unabhängigkeit Europas sein.

Wo ich aber ganz und gar nicht mit den Franzosen einverstanden bin ist die Idee, man müsse die gemeinsam entwickelten Waffensysteme unbedingt am Weltmarkt verkaufen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Ich halte es für sicherheitspolitisch unverantwortlich moderne Waffensysteme, wie FCAS oder den Kampfpanzer der Zukunft, die dem europäischen Sicherheitsinteresse dienen sollen, an die arabische Halbinsel zu veräußern.

Bei der Rüstungsexportkontrolle braucht es daher dringend einen europäischen Konsens.

Und der kann nicht darin liegen, dass Deutschland und Frankreich jetzt im Zusatzabkommen zum Aachener Vertrag beschlossen haben, das keiner dem anderen beim Export gemeinsamer Rüstungsprojekte widerspricht.

Wenn es darum geht in der EU strategisch unabhängiger von der USA zu werden, kann die Lösung nicht darin liegen sich abhängig von arabischen Diktatoren zu machen.

Dann würde ich mich doch lieber für die USA entscheiden!

Die Industriepolitische Argumentation lautet, der europäische Markt sei zu klein, die Stückzahl zu niedrig um wirtschaftlich zu sein.

Das mag ja alles sein, aber dann müssen wir darüber reden, was uns die europäische Souveränität kosten soll.

Derzeit geben wir mit 28 EU-Staaten viel zu viel für Rüstung im Verhältnis zum tatsächlichen Ergebnis aus.

Allein die europäischen NATO Mitglieder geben 3x Mal so viel aus wie Russland.

Bei der Europäisierung der Streitkräfte muss es daher auch um Einsparung und Effizienzgewinn gehen.

Ich möchte jedenfalls nicht einfach nur mehr ausgeben, sondern auch Synergieeffekte und Einsparungen erzielen.

Wenn wir diese Synergieeinsparung dann dazu einsetzen, mehr Geld für unsere eigenen europäischen Systeme auszugeben, ohne sie an Drittstaaten zu verkaufen, wäre ich durchaus dafür.

Eine rein industriepolitische Betrachtung kann und darf es im Rüstungssektor nicht geben.

Hier bedarf es noch vieler intensiver Gespräche mit unseren französischen Nachbarn, aber auch unter uns in Deutschland.

Die Industrie hat ihre Interessen allerdings mal wieder hervorragend durchgesetzt, wenn man sich den europäischen Verteidigungsfonds näher ansieht.

Durch diesen Fonds sollen künftig Forschung und Entwicklung von Waffensystemen bis zur Produktionsreife aus dem EU Haushalt finanziert werden.

Was genau für Entwicklungen gefördert werden, entscheidet ein Beirat, an dem die Industrie selbst beteiligt ist, aber nicht das Parlament.

Die EU Mittel sollen dabei zusätzlich zu den nationalen Geldern investiert werden.

Dieser Fonds ist am Ende eine reine Rüstungssubvention aus EU Mitteln ohne parlamentarische Kontrolle.

Ein solcher Fonds ist keine Lösung für die Herausforderungen der Zukunft!

Die Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie bringt nämlich nicht automatisch einen sicherheitspolitischen Mehrwert.

Hinzu kommt die bittere Erkenntnis, dass allein bessere militärische Zusammenarbeit in Europa uns nicht viel weiterhilft.

Mehr strategische Autonomie ist nämlich mit militärischer Stärke allein kaum zu erreichen.

Diese Tatsachen ist uns im Zusammenhang mit dem Iran Abkommen brutal vor Augen geführt worden.

Obwohl alle 28 EU Staaten geschlossen an dem Abkommen festhalten wollten konnten wir nichts – aber wirklich gar nichts – gegen die rechtswidrigen Sanktionen der USA ausrichten.

Der Iran hat ein Jahr lang darauf gewartet, dass die EU ihre Ankündigung wahrmacht und den Handel mit dem Iran unabhängig von den USA ermöglicht.

Vergeblich. Im Juni bin ich mit einer Delegation des Unterausschusses Abrüstung nach Teheran gefahren, um den Wunsch der deutschen Regierung zu unterstreichen, der Iran möge doch bitte selbst vertragstreu bleiben.

Die Vertreter der eher gemäßigten Regierung um Ruhani fragten schlicht zurück: Was würden Sie denn an unserer Stelle tun?

Die Sanktionen der USA haben dazu geführt, dass kein europäisches Unternehmen mehr an seinen Investitionsplänen festhalten konnte, weil es nicht mehr möglich ist eine Bank zu finden, die auch nur einen einzigen Cent in den Iran überweist.

Die letzten ausharrenden Vertreter der deutschen Wirtschaft baten uns, Ihre Namen nicht zu nennen, aus Sorge vor US-Sanktionen.

Die Hardliner um den Revolutionsführer Chamenei sind innenpolitisch gestärkt, weil sie Recht behalten haben mit Ihrer Ablehnung des Vertrages – sie hatten schon immer behauptet, man könne den Amerikanern ohnehin nicht trauen.

So stehen die gemäßigten Kräfte mit dem Rücken an der Wand, während die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung sich

zunehmend verschlechtert und sich hinter den Revolutionswächtern und ihren Milizen die Reihen schließen.

Verheerender hätten die Auswirkungen nicht sein können.

Und kein Bank Europas, nicht einmal die deutschen Sparkassen oder die EZB sehen sich in der Lage den Zahlungsverkehr abzuwickeln.

Selbst wer nicht von der Refinanzierung am amerikanischen Markt abhängt hat Sorge, die eigenen Mitarbeiter könnten bei der nächsten Einreise in die US Schwierigkeiten bekommen.

Mir hat diese Erkenntnis vor Augen geführt, dass der ganze Einsatz für gemeinsame europäische Kampfflugzeuge und Panzer nur sehr begrenzt tauglich ist, unsere strategische Autonomie zu stärken, solange wir es nicht schaffen den Euro neben dem Dollar zu einer weiteren Leitwährung zu machen.

Damit sind wir bei den Themen: Eurozonenbudget, Bankenunion und europäischen Staatsanleihen.

Hierzu sind andere sprechfähiger als ich.

Es lässt sich aber festhalten, dass Sicherheitspolitik von den Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik schlicht nicht zu trennen sind.

Doch nun zurück zur Lage im Inneren und ein paar Worte zum Verteidigungshaushalt, den der Bundestag ja in der letzten Woche gerade erst verabschiedet hat.

Mit der erneuten Erhöhung nähern wir uns der Marke von 50 Mrd. Euro.

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir als Grüne und Opposition diese Erhöhung abgelehnt haben.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht für eine gute und funktionierende Ausrüstung der Bundeswehr sind.

Wir stehen zu den Streitkräften und wollen dass diese sowohl für die Landesverteidigung, als auch im Einzelfall für die Unterstützung von UN Missionen gerüstet sind.

Solange aber die Beschaffungsstrukturen nicht gewährleisten, dass das Geld an der richtigen Stelle ankommt, bin ich wenig bereit, mehr Geld in ein defizitäres System zu stecken.

Ich möchte Sie an dieser Stelle gerne teilhaben lassen an meinen Erkenntnissen aus dem aktuellen Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre.

Auf unser Drängen wurde dort u.a. auch der Vorgang um die Privatisierung der Heeresinstandsetzungslogistik einbezogen.

Was ich dort durch die Zeugenvernehmungen erfahren konnte hat mich wirklich entsetzt und scheinbar nicht nur mich.

Erfreulicherweise wurde der Privatisierungsprozess jetzt durch die neue Verteidigungsministerin endgültig gestoppt.

Über Jahrzehnte war es den Herstellern ein Dorn im Auge, dass die Bundeswehr zum großen Teil in der Lage war Ihre Fahrzeuge und Geräte selbst zu reparieren und das auch noch verlässlich und günstiger als die Industrie.

Seit den 90er Jahren hat man daher versucht die Instandsetzung von der Bundeswehr an die Industrie zu verlagern.

2005 wurde die HIL GmbH mit einer 51 %igen Beteiligung der Industrie gegründet und die drei vorhandenen Werkstätten dieser neuen GmbH beigestellt.

In dieser Zeit musste die HIL entsprechende Gewinnzuschläge abrechnen die an die Industrie abgeführt wurde.

Dieses Model hat letztlich das Kartellgericht beendet, da die Industrie sich hier in rechtswidriger Weise selbst öffentliche Aufträge vergeben konnte.

So wurde die HIL 2012 wieder zu einem 100%igen Bundesunternehmen und arbeitete effizienter und günstiger denn je.

Zwei fleißige Geschäftsführer brachten die HIL voran, steigerten die Produktivität und stellten qualifiziertes Personal ein.

Das ging natürlich gar nicht, denn im Hintergrund plante man doch die HIL klein zu kriegen, um sie dann günstig an die Industrie zu verkaufen.

Also wurde diesen Geschäftsführern aus unberechtigten Gründen gekündigt und die Beteiligungsführung im BMVG hat ihre eigenen Geschäftsführer eingesetzt.

Hier handelten die Verantwortlichen ganz klar nicht im öffentlichen Interesse.

Darüber hinaus wurde nicht nur der Verkauf an die Industrie, sondern auch die Auswahl und die Bezahlung der Berater von

Verantwortlichen aus dem BmVg heraus vergaberechtswidrig erfolgte, an Recht und Gesetz vorbei.

Einige mutige Mitarbeiter, u.a. der Betriebsratsvorsitzende und der Vergaberechtsjurist erkannten dies durchaus und versuchten immer wieder Recht und Gesetz und die öffentlichen Interessen zu verteidigen.

Die loyale Haltung dieser Zeugen, die trotz des enormen Drucks, ja teilweise sogar bis zur Nötigung, hat mich schwer beeindruckt. Der Kontrast zwischen der Welt der externen Berater, die Millionenbeträge als Peanuts betrachten und den loyalen Beamten und Soldatinnen und Soldaten, aber auch dem Bundesrechnungshof auf der anderen Seite könnte nicht größer sein.

Während sich die Mitarbeiter der HIL darüber Gedanken machten, wie sie das Gerät kostengünstig, aber trotzdem sorgfältig in Stand setzen, in dem Bewusstsein, dass das Leben ihrer Kameradinnen und Kameraden im Einsatz davon abhing, verbrannten andere sinnlos Millionenbeträge, um teure Berater damit zu beauftragen, die HIL an die Industrie zu verschachern und die Bundeswehr letztlich in die Abhängigkeit eines Herstellermonopols zu treiben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Untersuchungsausschüsse sind immer ressourcenintensiv und für niemanden vergnügungssteuerpflichtig.

Als Opposition scheuen wir vor diesem Mittel eher zurück, weil es uns von der sonstigen Arbeit abhält.

Allerdings bekommen wir Parlamentarier nirgendwo sonst einen so tiefen Einblick in die Prozesse, wie durch derartige Zeugenvernehmungen.

Bereits meine Erfahrung aus dem Euro Hawk Untersuchungsausschuss von 2013 hat mir zudem gezeigt, dass auch die Verantwortlichen sich diesen Erkenntnissen nicht völlig entziehen können.

Jedenfalls wollten sowohl de Maiziere als auch von der Leyen Konsequenzen aus dem Euro Hawk Desaster ziehen.

2014 wollte die letzte Verteidigungsministerin die Dinge voran bringen, indem Sie Mc Kinsey, Accenture und & Co ins Ministerium holte.

So sollte die Bundeswehr und das BAINBW auf Augenhöhe mit der Industrie gebracht werden, um zu verhindern, dass man sich künftig weiter über den Tisch ziehen lässt.

Leider müssen wir am Ende Ihrer Amtszeit feststellen, dass auch dieser Ansatz völlig außer Kontrolle geraten ist und geradewegs in den nächsten Untersuchungsausschuss gemündet ist.

Was hier durch Kontrolldefizite und Interessenverflechtungen auf der einen Seite verschwendet wurde, fehlt am anderen Ende bei der Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten.

Völlig irrelevant ist m.E. die Frage wieviel % vom BIP wir für die Verteidigung ausgeben.

Auch 2 % des BIP können wir ganz schnell erreichen ohne dass ein Euro mehr bei der Bundeswehr ankommt, wenn sich die Wirtschaftsdaten demnächst verschlechtern sollten.

Und das ist in Anbetracht von Handelskrieg, BREXIT und Unstimmigkeiten an den Finanzmärkten durchaus nicht fernliegend.

Entscheidend ist doch am Ende, dass das gelieferte bzw. Instandgesetzte Gerät funktioniert und einsatzbereit ist.

Zum Abschluss habe ich als Volksvertreterin noch eine Bitte: Unser demokratischer Rechtsstaat wird derzeit auf vielen Ebenen massiv angegriffen und muss deshalb mehr denn je wehrhaft sein.

Für jeden von uns ist es eine große Herausforderung, demokratiefeindliche Tendenzen zu erkennen wenn sie uns begegnen.

Und es kostet viel Überwindung jeweils laut und deutlich zu widersprechen. Sei es in der Schule, in der Familie, unter Arbeitskollegen oder wo auch immer.

Bitte helfen Sie mit das demokratische Bewusstsein und die Zivilcourage auch in den eigenen Reihen zu stärken.

Ich habe keine Zweifel daran, dass die Bundeswehr auch ohne Wehrpflicht weiterhin aus Staatsbürgern in Uniform besteht.

Ihre offizielle Aufgabe ist es bekanntermaßen unsere Demokratie nach Außen zu verteidigen – aber auch die Verteidigung der

Demokratie nach Innen braucht gerade heute mehr denn je Ihre Unterstützung.

Demokratie ist manchmal nervig, anstrengend und langwierig. Und die Volksvertreter im Parlament sind auch nicht besser oder schlechter als das Volk, das sie vertreten.

Aber letztlich haben wir keine bessere Alternative, um in Frieden und Freiheit zu leben und deswegen müssen wir sie gemeinsam verteidigen, wenn andere mal wieder pauschal alles schlecht reden.

So können sich Parlament und Parlamentsarmee gegenseitig unterstützen.

In diesem Sinne beende ich meine Ausführungen und wünsche eine friedliche und besinnliche Adventszeit.

Vielen Dank